



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der
Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

April 2020

Gemeinsam tun, was immer nötig ist, um Europa zu schützen

Nur in europäischer Solidarität werden wir den Herausforderungen in der Corona-Krise gerecht.

Die Menschheit insgesamt bedrohende Herausforderungen wie das Corona-Virus werden wir in einer eng zusammenhängenden Welt nur gemeinsam bewältigen. Dazu müssen wir alle Kräfte in unseren Gesellschaften aktivieren, um Leben zu retten, Gefahren abzuwehren und eine angemessene Versorgung der Menschen sicherzustellen. Dies verlangt eine konsequente nationale Politik, aber auch Anstrengungen auf internationaler Ebene und insbesondere eine gemeinsame europäische Herangehensweise, die alle Stärken der Europäischen Union zum Tragen bringt.

Auf Druck der SPD hat die Bundesregierung in Deutschland ein nie dagewesenes Paket an Maßnahmen geschnürt, das unsere Krankenhäuser besser ausstattet, Wohnen, Einkommen und Beschäftigung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie für Selbstständige sichert und Unternehmen auch in diesen schwierigen Zeiten am Leben hält. Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament unterbreitet in einem Aktionsplan Vorschläge, die den europäischen Weg weisen. Von der EU-weiten Beschaffung und Bevorratung medizinischer Güter, über Wohnungs- und Einkommenschutz bis zum Schwerpunkt der gemeinsamen Erforschung und Entwicklung wirksamer Arzneien und Impfstoffe. Eine fraktionsübergreifende Mehrheit im Europäischen Parlament unterstreicht in einer Resolution, dass die Covid-19 Pandemie die gemeinschaftliche Aufnahme von Anleihen erfordert und spricht sich für ein nachhaltiges Wiederaufbau-Programm als Ausweg aus der Krise aus.

Die aktuelle Krise trägt einen gefährlichen politischen Virus in sich: die Mitgliedstaaten der EU weichen von einem gemeinschaftlichen Denken ab und konzentrieren sich nur auf Maßnahmen innerhalb ihrer nationalen Grenzen. Die Grenzsicherungen haben auch die Bewegungsfreiheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erschwert und 1,5 Millionen grenzüberschreitend tätige Menschen in ihren sozialen Rechten bedroht. Sie haben zu einer Störung des freien Warenverkehrs geführt und Produktionsabläufe erschwert. Die sich abzeichnende wirtschaftliche Krise wird einige EU-Mitgliedstaaten



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

schwerer belasten als andere. Deswegen müssen wir nationalen Alleingängen, die nicht solidarisch mit anderen Ländern sind, entschieden entgegentreten.

Bei der Überwindung der Krise müssen wir der Entstehung neuer und bestehender Ungleichheiten innerhalb wie zwischen den EU-Mitgliedstaaten entgegenwirken. Wir werden nicht vergessen: Die Infrastruktur, also das Straßen- und Verkehrsnetz, die Strom-, Wasser- und Internetversorgung vieler Länder hat nach der Finanzkrise besonders unter den Auflagen einer verfehlten einseitigen Kürzungspolitik gelitten. Diese Länder sind heute besonders vom Ausbruch des Virus betroffen.

Deswegen: Nur praktizierte Solidarität sichert uns ein gutes Leben für alle in einem solidarischen Europa. Nur das stärkt uns für die große Aufgabe der sozialen und ökologischen Änderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, die vor uns liegen und die wir nur gemeinsam bewältigen werden.

Der europäische Weg in der Corona-Krise

In Europa stehen wir in der Solidarität mit unseren Nachbarn. Was gut für Europa ist, ist gut für Deutschland. Die Regierungen brauchen jetzt möglichst viel Entscheidungsfreiheit, um jeden zu unterstützen – ihre Gesundheitssysteme, ihr Gesundheitspersonal und die Menschen, die die Krise so heftig trifft. Deshalb begrüßen wir, dass die Finanzminister der EU-Staaten sich im Gremium der Eurogruppe unter maßgeblicher Führung und Vermittlung von Olaf Scholz am 9. April 2020 auf ein Finanzpaket geeinigt haben, das aus einem Programm der Europäischen Investitionsbank, einem europäischen Kurzarbeitergeld (abgekürzt unter den Namen „SURE“) und dem Einsatz des Euro-Rettungsschirms besteht.

Diese beschlossenen Maßnahmen spielen zusammen mit folgenden europäischen Instrumenten und Institutionen eine wichtige Rolle für die wirtschafts- und finanzpolitische Antwort auf die Corona-Krise:

1. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ermöglicht wirtschaftliches Krisenmanagement

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt definiert gemeinsame Regeln für eine stabile Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten im europäischen Wirtschafts- und Währungsraum. Da die Corona-Krise jedoch einen Ausnahmezustand hervorgerufen hat, brauchen die



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Mitgliedstaaten maximale Flexibilität, um die benötigten Mittel zur Bekämpfung der Corona-Krise bereit zu stellen und ihre Wirtschaft zu stützen. Die EU-Wirtschafts- und Finanzminister haben daher beschlossen, die in dem Pakt vorgesehene Ausweichklausel zu aktivieren. Damit werden die europäischen Schulden- und Defizitregeln, die im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgeschrieben sind, vorübergehend ausgesetzt. Diese wichtige Maßnahme unterstützen wir ausdrücklich.

2. Die Europäische Zentralbank erschwert aggressive Finanzspekulation

Wir begrüßen die Initiative der Europäischen Zentralbank, die mit ihrem Notfall-Pandemie-Programm namens PEPP im Umfang von 750 Milliarden Euro den Angriff der Investoren auf dem Finanzmarkt abwehrt. Weil die globalen Aktienkurse in der aktuellen Krise dramatisch fallen, sind Unternehmen am Aktienmarkt weniger wert und damit besonders interessant für Spekulanten. Die Europäische Zentralbank kann dieser Dynamik am Finanzmarkt durch das Notfall-Programm entgegensteuern, indem sie Zinssätze für europäische Staatsanleihen stabilisiert. Staatsanleihen sind Wertpapiere, die von einem Staat an einen Käufer, zum Beispiel Banken, herausgegeben werden. Die Käufer geben dem Staat mit dem Kauf einen Kredit. Dieser wird nach einer bestimmten, zuvor vereinbarten Laufzeit zuzüglich eines bestimmten Prozentsatzes an Zinsen an den Käufer der Anleihe zurückgezahlt.

3. Der Euro-Rettungsschirm hilft besonders betroffenen EU-Staaten

Der Europäische Stabilitätsmechanismus, in der Vergangenheit auch Euro-Rettungsschirm genannt, kann in Not geratene Mitgliedstaaten des Euroraums unterstützen, indem er Kredite vergibt, Staatsanleihen erwirbt und Darlehen zur Stabilisierung von Banken zur Verfügung stellt. Euro-Staaten, die davon Gebrauch machen wollten, könnten daraus ein Programm von bis zu zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung erstellen. Gleichzeitig könnten solche Programme mit zusätzlicher Unterstützung durch die Europäische Zentralbank kombiniert werden.

Es ist richtig, den Euro-Rettungsschirm in dieser Krisenzeit so auszugestalten, dass er, wo nötig, unmittelbar in großem Umfang Geld zur Verfügung stellt, ohne einzelne EU-Mitgliedstaaten an den Märkten schlechter zu stellen, in neue Kürzungen zu zwingen oder mit unangemessenen Auflagen für den Einsatz dieser Kredite, jenseits der Bekämpfung des Virus, zu belegen. Insbesondere dank der Vermittlungsleistung von



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Olaf Scholz, kann der Euro-Rettungsschirm derart flexibel und vor allem schnell im Kampf gegen die Corona-Krise zum Einsatz kommen.

4. Eine gestärkte Gesundheitsfürsorge zur europäischen Zielmarke machen

Das sogenannte Europäische Semester setzt einen Rahmen um größere, wirtschaftspolitische Ziele in allen Mitgliedstaaten und ermöglicht ihnen eine Koordinierung von Entscheidungen – denn bei einem gemeinsamen Binnenmarkt haben Maßnahmen in einem Land auch Auswirkungen auf andere. Eine angemessene Gesundheitsfürsorge in einem leistungsfähigen öffentlichen und für alle zugänglichen Gesundheitssystem muss zu einer gegenseitigen Verpflichtung werden, die im Europäischen Semester festgeschrieben wird. Das sollte uns die Corona-Krise lehren.

Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in Europa dürfen innerhalb eines Jahrzehnts nicht zum zweiten Mal für eine Krise bezahlen, die sie nicht verursacht haben. Im Gegenteil: Unser öffentliches Gemeinwesen muss gestärkt werden. Das gilt insbesondere für Kommunen und Regionen. Das Ziel einer modernen öffentlichen Infrastruktur - also ein modernes Straßen-, Schienen und Verkehrsnetz, Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Bibliotheken, die Strom-, Wasser- und Internetversorgung – muss sich die Europäische Union auf die Fahnen schreiben.

5. Die Europäische Investitionsbank unterstützt Unternehmen

Die Europäische Investitionsbank verleiht Geld, also vergibt Darlehen, für die Finanzierung von Projekten, mit denen die Ziele der EU innerhalb und außerhalb der Union verwirklicht werden. Ihre Rolle ist in der Corona-Krise deshalb so wichtig, weil sie kleinen und mittleren Unternehmen mit Krediten helfen kann. Konkret bedeutet das, dass die EU-Staaten bei der Investitionsbank Garantien übernehmen und die Bank im Gegenzug Geld bereitstellt, das zu einfachen Auflagen geliehen werden kann. Durch diesen besonderen Garantiefonds kommen die finanziellen Mittel schneller bei den betroffenen Unternehmerinnen und Unternehmern an. Wir brauchen darüber hinaus ein funktionsfähiges europaweites Netz öffentlicher Förderbanken, das in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank kleine und mittlere Unternehmen langfristig unterstützt und auf die Aufgaben der Zukunft vorbereiten hilft.



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

6. Die Last der Krise muss Europa gemeinschaftlich tragen

Wir müssen neue Instrumente, auch zur gemeinsamen Beschaffung von Kapital einführen. Gemeinsam verantwortete Finanzprodukte, z.B. sogenannte Bonds können etwa durch die Europäische Investitionsbank, den Europäischen Stabilitätsmechanismus oder als Teil des EU-Haushalts entwickelt werden. Eurobonds sind ein älterer Vorschlag für von allen Euroländern gemeinsam ausgegebene Anleihen, die finanziell schwachen Ländern in der Eurozone die Beschaffung frischen Kapitals erleichtern können. Es handelt sich bei diesen Anleihen, wie oben bereits beschrieben, um Wertpapiere, die von einem Staat an einen Käufer, zum Beispiel Banken, herausgegeben werden. Werden Anleihen von mehreren Ländern vergeben, misst sich ihr Wert nicht allein an der Wirtschaftskraft des Landes, das zum Beispiel besonders in einer Krise leidet, sondern an der Gemeinschaft.

Die Debatte der vergangenen Wochen um Eurobonds oder auch „Coronabonds“ muss aus der ideologischen Konfrontation in eine rationale Diskussion um Machbarkeit und die dafür erforderlichen Rahmenbedingungen überführt werden.

7. Die Zusammenarbeit innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion weiterentwickeln

Seit 1990 sind die Mitgliedstaaten in der Wirtschafts- und Währungsunion, darunter 19 Staaten durch die Einführung des Euro, eng aneinandergelassen. In der Corona-Krise brauchen die EU-Staaten eine gemeinsame Initiative zur Wiederbelebung des gemeinsamen Binnenmarktes. Das kann nur gelingen, wenn die Staaten ihre Zusammenarbeit innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion weiterdenken. Ebenso sind gemeinsame Ziele in der Industriepolitik wichtig für einen Wiederaufschwung nach der Corona-Krise. Dafür, und damit sich die Europäische Union an die Klimaschutzziele halten kann, braucht es umfangreiche öffentliche Investitionen.

8. Ein umfangreiches Wiederaufbauprogramm für Europa aufsetzen

Wir fordern ein umfangreiches europäisches Wiederaufbauprogramm, bei dem wirtschaftliche Erholung und die Notwendigkeit zum sozialen und ökologischen Umbau miteinander verknüpft werden. Die Politik der Nachhaltigkeit und der Europäische Grüne Deal sind dabei zentral. Gemeinsam verantwortete Finanzprodukte wie Kredite der Europäischen Investitionsbank und Eurobonds werden, wie oben beschrieben,



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

benötigt, damit EU-Staaten nicht in eine Staatsschuldenkrise abdriften. Sie müssen in Verbindung mit einer aufeinander abgestimmten Steuer- und Fiskalpolitik stehen – das heißt die EU-Mitgliedstaaten müssen sich in den Maßnahmen, die sie wirtschaftspolitisch treffen, enger koordinieren. Der Wettbewerb einiger EU-Staaten um immer niedrigere Steuersätze, die Firmen anlocken, unterhöhlt das Gemeinwesen. Außerdem gefährdet dieses Dumping neue gemeinschaftliche Initiativen. Die Steuerpolitik gemeinsam neu auszurichten und stärker zu harmonisieren muss eine erhebliche Rolle bei der Bewältigung der Krise spielen.

9. Der europäische Haushalt - ein Sicherheitsnetz für alle EU-Staaten

Die SPD unterstützt die Forderung nach der unmittelbaren Bereitstellung von Milliardenhilfen durch den EU-Haushalt. Wir wollen einen europäischen Haushalt, der den europäischen Aufgaben Rechnung trägt. Die aktuelle Krise muss ein Weckruf sein. Sie unterstreicht die Notwendigkeit eines ehrgeizigen EU-Finanzrahmens - die Langzeitplanung für den EU-Haushalt, auch MFR abgekürzt - für den Zeitraum 2021 bis 2027. Die Corona-Krise unterstreicht die Notwendigkeit, dass die Aufgaben der Europäischen Union nicht nur aus Geldern aus den Mitgliedstaaten, sondern auch durch eigene Einnahmen finanziert sein sollten. Dafür braucht es die Einführung von der Europäischen Union eigens erhobenen Mitteln.

10. Hilfen für EU-Länder im Falle von Massenarbeitslosigkeit bereitstellen

Die wirklichen Leistungsträger Europas, die unsere Gesellschaft mit ihrer Arbeit zusammenhalten, brauchen besonders jetzt über alle Grenzen hinweg unseren Schutz. Unsere Forderung nach der Einführung einer sogenannten Europäischen Arbeitslosenrückversicherung darf nicht weiter aufgeschoben werden. Es handelt sich hierbei um einen Fonds, der im Krisenfall dem Arbeitslosensystem des betroffenen EU-Mitgliedstaats zur Seite steht.

Unser Aufruf an die Staats- und Regierungschefs vor ihrem nächsten Treffen:

Vom nächsten Treffen der Staats- und Regierungschefs erwarten wir Handlungsfähigkeit und Orientierung statt wechselseitige Schuldzuweisungen. An EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen richten wir die dringende Aufforderung, noch vor dem Gipfeltreffen die Eckpunkte für ein europäisches Wiederaufbauprogramm vorzulegen, das in Qualität und Umfang den unaufschiebbaren Erfordernissen genügt.